



**Kleine Anfrage von Andreas Lustenberger und Erich Grob  
betreffend die Sicherung der Starthilfe für Junglandwirtinnen und Junglandwirte –  
kantonale Überbrückung bei verzögerten Bundesmitteln**  
(Vorlage Nr. 4093.1 - 18541)

Antwort des Regierungsrats  
vom 28. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 26. März 2026 reichten Andreas Lustenberger und Erich Grob eine Kleine Anfrage betreffend die Sicherung der Starthilfe für Junglandwirtinnen und Junglandwirte – kantonale Überbrückung bei verzögerten Bundesmitteln ein. Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:

**1. Hat der Regierungsrat Kenntnis über Verzögerungen bei der Vergabe von Bundesmitteln im Rahmen der zinslosen Investitionskredite?**

Dem Regierungsrat ist bekannt, dass die vom Bund entsprechend zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für Kredite nach der Strukturverbesserungsverordnung ([SVV](#)) vom 2. November 2022 (SR 913.1) in allen Kantonen, ausser bisher dem Kanton Zug, knapp sind. Die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) hat bereits am 7. Juli 2023 auf die Entwicklung hingewiesen. Eine konkrete Übersicht wurde der Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (KOLAS) am 18. September 2025 präsentiert.

**2. Wie ist die aktuelle Situation im Kanton Zug? Kommt es auch bei uns zu Verzögerungen?**

Im Kanton Zug wurden in den Jahren 2024 Investitionskredite im Umfang von 2 Millionen Franken zugesichert und ausbezahlt. Im Jahr 2025 wurden 4,2 Millionen Franken zugesichert und 3,7 Millionen Franken ausbezahlt. Die Gesuche für das Jahr 2026 belaufen sich am 1. April 2026 auf 3,9 Millionen Franken. Davon können noch rund 3,5 Millionen Franken als Kredite bis Ende 2026 ausbezahlt werden.

Mit der Unterstützung dieser Gesuche sind sämtliche verfügbaren liquiden Mittel des Bundesfonds de Roulement gemäss der SVV im Umfang von 15,9 Millionen Franken ausgeschöpft. Darin sind auch die erwarteten Rückzahlungen von 2,3 Millionen Franken bis Ende 2026 bereits verwendet.

Die vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) am 8. Dezember 2025 vorgeschlagenen Einschränkungen und Kürzungsmassnahmen werden im Kanton Zug ab April 2026 für neue Gesuche umgesetzt. Diese Massnahmen genügen aber nicht, um den Mittelbedarf für die Gesuche zu sichern.

Beim Landwirtschaftsamt (LWA) sind aktuell vollständige Gesuche im Umfang von 400 000 Franken hängig, welche erst im Jahr 2027 ausbezahlt werden können. Das LWA vermutet, dass bis Ende 2026 Gesuche im Umfang von mindestens weiteren 2 Millionen Franken eingehen werden. Damit wären die verfügbaren Mittel aus dem Fonds für das Jahr 2027 bereits Ende 2026 ausgeschöpft.

Der finanzielle Engpass, bedingt durch die begrenzten Bundesmittel, besteht im Kanton Zug erstmals seit Einführung der SVV-Massnahmen und hat sich erst in den letzten Monaten

verschärft. Durch eine Umlagerung von 1,5 Millionen Franken aus dem Betriebshilfe-Fonds (vgl. Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft ([SBMV](#)) vom 26. November 2003 (SR 914.11)) kann im Jahr 2026 einmalig eine Entschärfung der Wartezeiten erreicht werden. Diese Umlagerung ist im Mittelbedarf aber bereits berücksichtigt.

Aktuell beträgt die Verzögerung (Zeit zwischen vollständiger Gesucheinreichung und Kreditzahlung) rund ein Jahr.

**3. Falls es zu Verzögerungen kommt, ist der Regierungsrat bereit hier rasch mit einer kantonalen Überbrückungshilfe einzuspringen?**

Aus finanziellen Überlegungen könnte der bestehende Liquiditätsengpass im Fonds grundsätzlich teilweise mit kantonalen Mitteln abgedeckt werden. Nicht zulässig ist jedoch eine direkte Auffüllung des Bundesfonds durch den Kanton. Eine Ersatzfinanzierung oder temporäre Vorfinanzierung von Bundesmitteln ist ausgeschlossen, da der Fonds ein bundesrechtlich geregeltes Instrument ist. Der Kanton kann den Fonds eigenständig weder erweitern noch verändern.

Eine Möglichkeit wäre die Schaffung einer separaten kantonalen Rechtsgrundlage, um über ein eigenständiges Förderinstrument zusätzliche, ebenfalls rückzahlbare finanzielle Mittel bereitzustellen. Dieses Förderinstrument könnte dazu dienen, Wartezeiten einzelner Betriebe zu überbrücken.

Dabei ist aber festzuhalten, dass es nicht Aufgabe des Kantons ist, in eine Bundesaufgabe einzuspringen oder strukturelle Defizite der Bundesfinanzierung zu kompensieren. Die Lösung der Liquiditätsproblematik liegt inhaltlich und finanziell beim Bund.

Nach vorgenommener Interessensabwägung lehnt der Regierungsrat eine kantonale Zusatzfinanzierung ab. Der Kanton Zug würde damit einen Teil einer Bundesaufgabe übernehmen. Prioritär ist, dass der Bund seiner Finanzierungsverantwortung weiterhin konsequent nachkommt.

**4. Hat der Regierungsrat Möglichkeiten, beim Bund zu intervenieren, damit die zinslosen Investitionskredite wieder fristgerecht ausbezahlt werden?**

In der Vernehmlassungsvorlage zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026 des Bundes sind Massnahmen zur Bereinigung der Situation vorgesehen. Hier hat der Regierungsrat, vertretend durch die Volkswirtschaftsdirektion, die Möglichkeit, eine Stellungnahme zur Erhöhung der Bundesmittel abzugeben.

In einer strategischen Prüfung hat das BLW mögliche Stossrichtungen für die Agrarpolitik 2030+ des Bundes erarbeitet. Diese beinhalten auch eine Vergrösserung des Fonds de Roulement des Bundes.

Der Regierungsrat hat sich via LDK und KOLAS für eine Erhöhung des Fonds eingesetzt. Weitere Möglichkeiten stehen dem Regierungsrat nicht zur Verfügung.

**Regierungsratsbeschluss vom 28. April 2026**